

Zeitschrift für bündnisgrüne Politik in Sachsen

März 2007

Aufwind

www.gruene-sachsen.de

THEMA: Energie

mit Beiträgen von Jessica Saß, Marvin Fischer, Johannes Lichdi, Michael Weichert, Stefan Schönfelder, Andreas Warschau, Dr. Leonhard Kasek und Jens Bitzka

Die sächsische Klimakoalition

SOZIALES

Menschenbild und Grundeinkommen

Pino Olbrich und Monika Lazar führen die Diskussion über eine Grundsicherung fort

LANDESVERBAND

Demokratie, Klimapolitik, neuer Landesvorstand

Gundula Schmidt-Graute berichtet von der Landesdelegiertenkonferenz Anfang Februar in Chemnitz

LAG

Ländlicher Raum

Interview mit Barbara Scheller zur neuen Landesarbeitsgemeinschaft



INHALT

Editorial, Impressum	2
Alle Wege führen nach Zschadraß	3
Klimapolitik für den Freistaat	4
Stadtwerke in öffentlicher Hand	6
Rote Karte für Stadtwerke	7
Energier Rebellen im Osterzgebirge	8
Bürgerkraftwerke als Alternative	9
Traumberuf Europäerin	9
Grundeinkommen als Abfindung?	10
Wir brauchen ein emanzipatorisches Menschenbild	11
Demokratie, Klima, Internationales	12
Neuer Landesvorstand	13
Neue Ansätze sind notwendig	12
Berichte aus den LAG	14
Nachrichten aus den Kreisverbänden	14
Termine	16

IMPRESSUM

Aufwind – Zeitschrift für
bündnisgrüne Politik in Sachsen

Herausgeberin der Landeszeitschrift
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
Landesvorstand
Wettiner Platz 10, 01067 Dresden
Fon: 0351/494 01 08
Fax: 0351/496 19 75
E-Mail: info@gruene-sachsen.de

Redaktion:
Eva Jähnigen (V.i.S.d.P.), Gundula Schmidt-
Graute, Hartmut Steglich

Redaktion Aufwind
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
Wettiner Platz 10, 01067 Dresden
Fon: 0351/494 01 08
Fax: 0351/496 19 75
E-Mail: aufwind@gruene-sachsen.de

Bildnachweis nicht gekennzeichnete Fotos:
Hartmut Steglich, Archiv, privat, PR-Material

Redaktionsschluss: 19. Februar 2007
nächster Redaktionsschluss: 5. Mai 2007

Editorial

Aufwind für die Grünen



Wenn der MDR seine Berichterstattung von der LDK Chemnitz mit „Aufwind für die Grünen“ betitelt und die Presse davon schreibt, dass wir uns stärker auf unsere politischen Wurzeln besinnen wollen, dann entspricht das schon sehr der Richtung, die ich mit meiner Kandidatur als Landesvorstandssprecher, für die nächsten beiden Jahren vorgeben wollte.

Ich bin angetreten um Euch und allen Menschen in diesem Land Mut zu machen, für einen neuen politischen Weg des Miteinander, der Bürgernähe, der Transparenz von Entscheidungen, einen Weg der Glaubwürdigkeit, des langfristigen Denkens, der Achtung und dem Respekt vor jeder einzelnen Bürgerin, jedem einzelnen Bürger. Ich bin dankbar für das Vertrauen, das mir mit meiner Wahl geschenkt wurde. Es ist für mich Verpflichtung und Ansporn, mich bestmöglich für unsere Ziele und die anstehenden Aufgaben einzusetzen.

Angesichts der heftigen Diskussion dieser Tage und Wochen über die Bedrohung durch den Klimawandel, erleben wir bei vielen Menschen einen Bewusstseinswandel. Wer allerdings, wie die CDU in Sachsen, auf die Kernkraft als Lösung der CO₂-Problematik setzt, handelt unverantwortlich gegen die gesamte Menschheit und wer einen dramatisch hohen CO₂-Ausstoß durch die Braunkohlekraftwerke in Sachsen politisch zu verantworten hat, der vergeift sich an der Existenzgrundlage künftiger Generationen.

Bush, Blair, Merkel und Co. halten urplötzlich grüne Reden und der französische Staatspräsident Jacques Chirac fordert sogar eine ökologische Weltrevolution. Das kann für mich in der Interpretation nur heißen: „GRÜNE AN DIE MACHT“. Grüne Reden helfen nicht mehr weiter, was jetzt wirklich gefragt ist, sind Taten. Überlassen wir die Verantwortung nicht den Klimaschutzbremsern und -blockierern der vergangenen Jahre und Jahrzehnte, kämpfen wir dafür, dass uns die Wählerinnen und Wähler dieses Landes das Vertrauen schenken. Jetzt ist entschlossenes Handeln gefragt und dafür stehen wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit unserer ganzen Kompetenz und Kraft bereit.

Unser Fokus muss und wird sich deshalb auf die Wahlen 2008 und 2009 richten und wir müssen fleißig, gemeinsam, geschlossen und entschlossen dafür arbeiten und kämpfen, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen auf allen Ebenen gestärkt aus diesen Wahlen hervorgehen. Wir müssen und werden die Menschen da abholen, wo sie begriffen haben, dass „grün leben“ nicht Verzicht bedeutet, auch nicht Armut und Rückschritt, sondern Aufbruch, Chance, Ideale, Werte, Heimat, gesunde Luft, intakte Umwelt, gute Bildung, soziales Denken, Zukunft.

Rudolf Haas, Landesvorstandssprecher
rudolf.haas@gruene-sachsen.de

Kommunale Energie- und Klimapolitik oder Alle Wege führen nach Zschadraß

Das Ziel ist alt und klar: 100% erneuerbare Energien bis zum Jahre 2050. Beschlossen hat es (leider) nicht die sächsische Landesregierung, sondern die Gemeinde Zschadraß – und zwar schon 1999. Die Gemeinde Zschadraß liegt zwischen Leipzig und Dresden und besteht aus 18 Ortsteilen. Schon aufgrund dieser Struktur ist die vorbildliche Energiepolitik nicht eins zu eins auf andere Kommunen übertragbar. Zur Nachahmung sei der Weg der Gemeinde dennoch empfohlen, denn Bürgermeister Matthias Schmiedel (parteilos) und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ist so manches gelungen, das sich als Vorbild eignet.

In der ersten Stufe des Energiekonzepts „Nachhaltiges Zschadraß“ wurde der jeweilige Energieverbrauch von kommunalen Gebäuden gemessen und berechnet. Aus den Daten wurden Energieeinsparmöglichkeiten durch Modernisierungsmaßnahmen oder durch die Umstellung von Heizmedien abgeleitet. Daraus ergaben sich dann sehr konkrete Handlungsfelder:

- ❖ Umstellung der Straßenbeleuchtung: Schaltkreise wurden zusammengesetzt, Energiesparlampen eingesetzt und die zeitabhängige Abschaltung geregelt.
- ❖ Umstellung der Wärmeversorgung des Verwaltungs-, Schul-, Kinder- und Sportzentrums auf Holzhackschnitzel
- ❖ Aufbau eines modernen Biomassehofes mit wissenschaftlicher Unterstützung durch die TU Dresden
- ❖ Bau einer Biogasanlage zur thermischen Wärmeversorgung der Schlossanlage
- ❖ Durchführung des Modellprojekts „CO₂-neutrale Sporthalle“ als Vorbild für öffentliche Gebäude in Sachsen (seit 2004 im Betrieb)

Gesteuert wird der Prozess durch die Ökologisch-Soziale Bürgerstiftung Zschadraß, deren Hauptziel die Förderung des Einsatzes regenerativer Energien ist. Gleichzeitig bietet sie aber auch sozial Schwachen Möglichkeiten, mit eigener Leistung Geld zu verdienen. Neben der Erhaltung der Natur und Umwelt setzt sich die Stiftung für die Förderung von Kinder- und Jugendarbeit ein. Im Projekt „Nix los im Dorf“, bauten Jugendliche eine Fotovoltaikanlage, deren Einspei-

seerträge wiederum in die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit fließen. Die Stiftung kann aus den Erträgen der Erneuerbaren jährlich ca. 15.000 Euro in Zukunftsprojekte der Ökologie und Jugendarbeit investieren, so zum Beispiel in einen Schulentag und Ferienspiele. Mit dem von der Stiftung finanzierten Kleinbus, der auf Basis von Pflanzenöl fährt, können ältere Menschen im Ort, ihre Einkaufsfahrten erledigen. Für die örtlichen Betriebe und Privatpersonen steht die Stiftung als Ratgeber bei allen Fragen des Einsatzes von erneuerbaren Energien zur Verfügung.

Am Anfang stand eine breite öffentlich geführte Diskussion über die gesamte Palette der kommunalen Energiepolitik, in der über Kosten und Nutzen ebenso gestritten wurde wie über die Folgen für die Umwelt. Statt direkt über Einzelheiten zu debattieren, wurde erst die Richtung festgelegt und danach auf der Grundlage gesicherter Daten die Prioritäten gesetzt. Wir sehen darin ein Beispiel für zielorientierte und dadurch auch konsequente Politik, die gemeinsam mit und für den Bürger entwickelt wird. Vorbildlich ist für uns auch der Ansatz, die Gewinne aus dem Einsatz der Erneuerbaren in die Sozial- und Jugendpolitik zu investieren.

Die Bürger von Zschadraß stehen aber erst am Anfang ihrer Pläne: Noch spielt Windenergie keine Rolle. Bald sollen effiziente Windkraftanlagen soviel Strom ins Netz einspeisen, wie in der Gemeinde verbraucht wird. Mit den Gewinnen aus den Anlagen sollen die Beiträge für die Kitas gesenkt werden.

Das Projekt Zschadraß: Ein umweltpolitischer, sozialer und wirtschaftlicher Erfolg!

Jessica Saß und Marvin Fischer,
Stadtvorstände im KV Dresden

Der Beitrag stützt sich auf ein Referat von Bürgermeister Matthias Schmiedel, das er bei einem grünen Workshop gehalten hat. www.zschadrass.de



Klimapolitik für den Freistaat –

Kompetenz, Sensibilität und Phantasie sind gleichermaßen gefragt



Johannes Lichdi ist Mitglied des Sächsischen Landtages

Am 2. Februar veröffentlichte das International Panel for Climate Change (IPCC), ein Zusammenschluss von Forschern im Auftrag der Vereinten Nationen, den vierten Bericht zum Klimawandel. Die Ergebnisse dürften bekannt sein: Es kommt wie befürchtet, nur viel schlimmer. Der Zeitraum, um durch Handeln die fatalsten Folgen wie das Schmelzen des grönländischen Eises abzuwenden, wird knapp.

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung im 21. Jahrhundert. Damit wird für viele Jahre ein Thema im Mittelpunkt der internationalen, nationalen und auch regionalen Debatten stehen, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allen anderen Parteien aufgegriffen und debattiert haben. Was nützt unser politischer Weitblick von gestern? Dem Klima? Uns?

Dies ist ein Plädoyer, uns noch leidenschaftlicher mit dem Klimawandel, seinen Folgen und mit Strategien zu beschäftigen, an Vorschlägen zu arbeiten und Kompetenzen zu erwerben. Bei aller Detailarbeit dürfen wir nicht vergessen, auf die Menschen zuzugehen, Überzeugungsarbeit im Kleinen zu leisten, um für politische Mehrheiten zu kämpfen, damit ein grundlegender Wandel in der Klima- und Energiepolitik möglich wird.

Viel zu sehr herrscht noch die Meinung vor, die grundlegenden Weichenstellungen beim Klimaschutz würden allein auf der Ebene der internationalen Politik getroffen. Viel zu wenig ist bekannt, was alles wo getan werden kann. Klimapolitische Ignoranten vom Schlage eines George W. Bush, tummeln sich nicht nur in der Weltpolitik. Sie sitzen in der Bundesregierung ebenso wie in der

sächsischen Staatskanzlei und in Kommunalverwaltungen und Parlamenten.

Die Fraktion hat beschlossen, den Klimawandel zum politischen Schwerpunkt in der zweiten Hälfte der Legislatur zu machen. Geplant sind

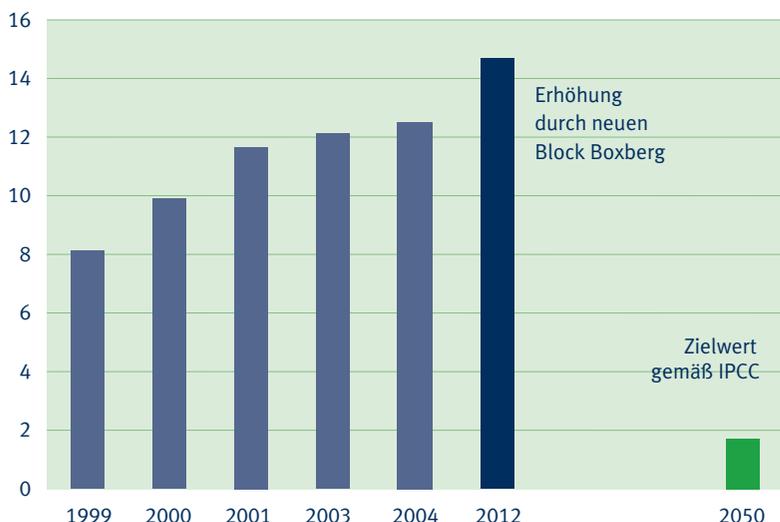
- eine Vortragsveranstaltung (mit unterschiedlichen regionalen und thematischen Akzenten),
- ein zentraler Kongress,
- zahlreiche Fachgespräche, die Einzelaspekte beleuchten – von den ökonomischen Kosten über die Folgen für die Gesundheit bis hin zum Wandel der Biodiversität sowie
- Fachveröffentlichungen.

Die Komplexität der Herausforderung und möglicher Gegen- und Anpassungsstrategien machen den Klimawandel in der politischen Öffentlichkeitsarbeit zu einem höchst anspruchsvollen wie brisanten Thema. Lethargie und Apathie können ebenso erzeugt werden, wie die Wiederbelebung des Glaubens an die generelle Macht der Technik. Weil es sich um ein globales Thema handelt, liegt die Versuchung nahe, es an die Weltpolitiker abzutreten. Und weil der Einfluss eines einzelnen Menschen gering ist, wächst die Haltung des „Man kann ja eh nichts mehr tun!“. Die Gefahr ist groß, mit dem Thema Klimawandel die Menschen zu verschrecken und sie zu entpolitisieren, statt sie – was unser Ziel ist – zu Engagement und Einflussnahme zu ermutigen. Es ist nichts gewonnen, wenn wir auf unseren internen und öffentlichen Veranstaltungen kompetent und fachkundig streiten und dabei vergessen, gesellschaftliche Mehrheiten für einen Politikwechsel zu organisieren. Es ist beides notwendig: Die Fachveranstaltung mit dem nötigen inhaltlichen Tiefgang und die Einführung ins Thema, bei denen zum Beispiel auch die Tipps zum richtigen Umgang mit der Energie im Haushalt weitergegeben werden. Für die richtige Ansprache brauchen wir Kreativität und Phantasie.

Ethik, Geld und Arbeitsplätze

Jenseits aller Fragen von wirtschaftlicher Notwendigkeit, von künftigen Märkten und von Arbeitsplätzen gilt: Wir alle haben eine verdammt Pflicht diesen Planeten für uns Menschen, für unsere Mitgeschöpfe und auch für die Pflanzenwelt bewohnbar zu halten. Wir gefährden durch unser unzulässiges Handeln nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern auch die der kommenden Generationen. Solche kollektive Unverantwortlichkeit, wie wir sie politisch seit Jahrzehnten und besonders in Reaktion auf den Bericht des IPCC erlebt haben, treibt einem die Zornesröte ins Ge-

CO₂-Emissionen in Sachsen in Tonnen pro Jahr und Kopf



sicht. Da darf man schon mal wütend werden. Man muss nicht gläubig sein, um zu erkennen: Diese Erde gehört nicht uns. Wir sind hier nur zeitweilige Gäste. Und Gäste, die sich so schlecht benehmen, wie wir das als Menschen derzeit tun, werfen wir zu Hause einfach raus.

Wer wird die Bilder vom Jahrhunderthochwasser 2002 in Sachsen je vergessen können? Das menschliche Leid, die Furcht und Ratlosigkeit in den Gesichtern – all dies gibt uns nur einen kleinen Eindruck von den Folgen, die der Klimawandel für die Menschen in Entwicklungsländern wie Bangladesch, Indien oder Indonesien schon hat und noch haben wird. Die ethische Verpflichtung, den Klimawandel nach Kräften zu begrenzen, sollten wir nicht wie ein Schild vor uns tragen – wir sollten sie aber auch nicht vergessen.

Dies vorausgesetzt, müssen wir uns der Debatte – gerade in einem Braunkohleland wie Sachsen – auch ökonomisch stellen. Im Mittelpunkt stehen dabei folgende Fragen:

- ❖ Welche direkten und indirekten Folgekosten verursacht der Klimawandel? (Hierbei geht es um Flut-, Sturm- und Dürreschäden ebenso wie um steigende Kosten im Gesundheitswesen und die Anpassungsmaßnahmen – vom Hochwasserschutz bis hin zum notwendigen Waldumbau.)
- ❖ Welche zusätzliche Kosten entstehen durch eine konsequente, auf das Ziel einer Pro-Kopf-Emission von 1,7 Tonnen CO₂ im Jahr (das ist die klimaverträgliche Größe) ausgerichtete Politik?
- ❖ Wie viele neue Arbeitsplätze entstehen, wie viele alte sind gefährdet?

Mit der Studie von Sir Nicolas Stern über die wirtschaftlichen Kosten des Klimawandels hat es diese Thematik bis auf die erste Seite der Bildzeitung geschafft. Unsere Aufgabe sehen wir weniger darin, die bereits publizierten Zahlen des Rückgangs von 20% des Weltsozialprodukts und Aufwendungen in Höhe von nur 1% des BSP zu

wiederholen (auch das wäre nicht falsch!), als die Veranschaulichung der ökonomischen Zusammenhänge am lokalen oder regionalen Beispiel. Schon heute arbeiten doppelt so viele Menschen in Sachsen für die Erneuerbaren Energien als in der Braunkohle (Abbau und Verstromung zusammen gerechnet). Die Zahl der Arbeitsplätze, die durch Maßnahmen der Energieeinsparung und -effizienz in Bauwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen entstanden sind und noch entstehen, dürfte noch weitaus höher liegen.

Bei der ökonomischen Betrachtung ist immer mit zu denken, dass der Klimawandel einhergeht mit der absehbaren Endlichkeit der Ressourcen Öl und Gas. Das heißt, dass es auch ohne die Herausforderung des Klimawandels aus rein ökonomischen Gründen zu einem Umstieg in Richtung Erneuerbare, Einsparung und Effizienz keine Alternative gibt. 60.000 Arbeitsplätze in Sachsen hängen derzeit von der Automobilindustrie ab. Weil Autos weder mit Kernkraft noch mit Braunkohle zu betreiben sind, braucht es eine Strategie diese Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern.

Zuviel Umweltschutz gefährdet sächsische Arbeitsplätze: Das wollen uns Merkel, Milbradt, Tiefensee und Co. einreden. Natürlich gehört solcher Quatsch entlarvt. Zahlreiche Kulturen sind untergegangen, weil sie zu wenig auf die Umwelt Rücksicht genommen haben. Auf der Osterinsel sind große Steine historische Zeugen dieser ökologischen Ignoranz. Wer aber kennt eine Volkswirtschaft, die unter einem zu großen Maß an Umweltschutz gelitten hat? Man sollte einen Preis zur Beantwortung dieser Frage aussetzen ...

Wir als Partei sind für die kommenden Auseinandersetzungen über den Klimaschutz gut gerüstet. Aber nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Deshalb wollen wir gemeinsam mit allen Fachleuten und allen Mitgliedern weiter am Thema arbeiten, uns gegenseitig anregen und uns konstruktiver Kritik stellen.

Johannes Lichdi, energie- und klimapolitischer Sprecher und Michael Weichert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion



Michael J. Weichert ist Mitglied des Sächsischen Landtages

WEITERLESEN

Im Themenbereich Energie- und Klimapolitik hat die Landtagsfraktion zahlreiche parlamentarische Initiativen entwickelt. Sie sind zu finden auf www.gruene-fraktion-sachsen.de Nachfolgend einige Beispiele: (Drs = Drucksachennummer, so findet man die Texte leichter auf der Website)

- ❖ Investitionen für Erneuerbare Energie im Staatshochbau des Freistaates, Drs 4/2861
- ❖ Bürgersolkraftwerke auf den Immobilien des Freistaates, Drs 4/2954
- ❖ Energie-Effizienz: Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft optimieren, Drs. 4/4780
- ❖ Verantwortung für das Klima – Neubau eines Braunkohlekraftwerks in Boxberg verhindern, Drs 4/5526
- ❖ Wirtschaftliche Folgen des Klimawandels für Sachsen, Drs 4/7129
- ❖ Ökonomisch und ökologisch optimierte Nutzung nachwachsender Rohstoffe und biogener Treibstoffe im Freistaat Sachsen, Drs. 4/7608
- ❖ Broschüre „Energiewende statt Klimawandel! Klimaschutz braucht Taten.“; auch zum Herunterladen unter www.gruene-fraktion-sachsen.de/flyer.html

Stadtwerke in öffentlicher Hand und mit neuen Aufgaben



Stefan Schönfelder ist Referent im Bildungswerk Weiterdenken

Die Diskussion über Folgen und Ursachen des Klimawandels hat enorm an Fahrt gewonnen, das ist höchst erfreulich. Als die deutschen Stromversorger in diesem Zuge wieder die Verlängerung der Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke ins Spiel brachten und die Kraftwerksbetreiber sogar von einer Renaissance der Atomkraft sprachen und auf Kraftwerksneubauten in anderen europäischen Ländern verwiesen, hat sich der Konsument Stefan Schönfelder wütend auf die Seiten www.atomausstieg-selber-machen.de geklickt, um für sich und seine Familie den Wechsel zu organisieren.

Gleichzeitig organisiert der Mitarbeiter von Weiterdenken Stefan Schönfelder Veranstaltungen rund um die neue Ausstellung des Bildungswerkes „Klimawandel in Sachsen“, beschäftigt sich zunächst mit den Leipziger Stadtwerken, liest die Debatte unter den Dresdner Grünen und dann kommen ihm doch Zweifel: Ist es unter allen Umständen politisch sinnvoll von den kommunalen Stadtwerken zu einem der vier beworbenen Ökostromanbieter zu wechseln? Es gibt keinen Zweifel, dass sich die persönliche Ökobilanz bei einem Wechsel sofort drastisch verbessert und in vielen Fällen sogar bei einer gleichzeitigen finanziellen Einsparung, aber ist das alles, was wir wollen?

Beim Bemühen um eine sinnvolle Energieversorgung bin ich nicht nur Konsument und kaufe das ein, was ich für ökologisch halte, sondern auch Bürger. Als Bürger gehören mir 55 % der Dresdner Stadtwerke. Ich halte viel davon, wichtige Versorgungseinrichtungen in öffentlicher Hand zu behalten, also auch in kommunalem Eigentum. Dafür gibt es allerdings nur dann eine Berechtigung, wenn man als BürgerIn etwas mit diesem Eigentum anfängt.

Für mich ist also der entscheidende Punkt, dass wir als Grüne deutlich machen, dass die Stadtwerke nicht nur den Auftrag der kurzfristigen sicheren und bezahlbaren Versorgung mit Strom (und Wasser und Wärme) haben, sondern auch Vorsorge für die zukünftige, ökologisch verantwortbare und langfristig bezahlbare Bereitstellung von Energie tragen müssen. Dazu würde der Ausbau regenerativer Quellen, Einsparungskonzepte und Energiesparberatung gehören, der Ausstieg aus dem Handel mit Atomstrom und der Ausstieg aus dem üblen Verstromen von Braunkohle. Wer da ein schlechtes Beispiel in Bezug auf Versorgungsstruktur und transparente Darstellung haben will, kann sich ja mal die Stadtwerke Chemnitz ansehen, während Leipzig und Dresden immerhin gute Ansätze zeigen.

Wenn wir das Konzept der öffentlichen Aufgaben, also auch der langfristigen ökologischen Notwendigkeiten, ernst nehmen und dafür die Unternehmen in kommunalem Eigentum in Haftung nehmen, ist es dann auch sinnvoll, wenn mit den Gewinnen der Stromversorgung defizitäre öffentliche Auf-

gaben querfinanziert werden. Für mich bedeutet das in dem Fall nicht nur finanziellen Vorteil (der auch für die fünf Verkehrsbetriebe-Abokarten schön ist, die wir in der Familie haben und die wir uns ohne die Querfinanzierung nicht leisten könnten), sondern auch Einfluss auf eine möglichst ökologische und solidarische Mobilitäts-, Strom-, Wasser- und Wärmeversorgung für möglichst viele Nutzer, nicht nur für mich. Es ist gut, dass auf diese Art auch die Auto fahrenden Stromkunden die Straßenbahn mitbezahlen. Und es ist gut, dass die gewerblichen Stromgroßkunden auch auf diese Art in der Stadt Infrastruktur mit bezahlen. Städtische Betriebe sind nicht (nur) der Gewinnmaximierung verpflichtet, sondern Instrumente zur Steuerung von Stadtentwicklung. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass diese Rolle ausgebaut wird und nicht immer weiter eingeschränkt. Das ist auch meine Stadt und ich will nicht immer mehr Instrumente zu deren Gestaltung und Beeinflussung aus der Hand geben.

Die Wechselkampagne der Umweltverbände, der sich unsere Partei angeschlossen hat, ist ein wichtiger symbolischer Akt in der Auseinandersetzung um Atomstrom, Kohleverbrennung und regenerative Energien. Es wäre zu wünschen, dass sie einen spürbaren Erfolg hat. Ich habe mit Erschrecken festgestellt, dass nur etwa 65 Dresdner und 110 Leipziger Haushalte das schon jahrelang bestehende Angebot des „Grünen Stroms“ ihrer Stadtwerke nutzen. Ich schlussfolgere daraus, dass es mindestens genauso wesentlich und aussichtsreich ist, die „Regelstrukturen“ zu verändern, also auch und nicht zuletzt die Stadtwerke. Ich will niemandem ausreden, den Stromanbieter zu wechseln, ich würde mir aber wünschen, dass die Bündnisgrünen als politische Kraft sich für den Erhalt der Stadtwerke in kommunalem Eigentum einsetzen und diese für die Zukunftsaufgaben fit machen.

Stefan Schönfelder, KV Dresden

Die rote Karte für Stadtwerke, die Atomstrom vertreiben!



Dr. Leonhard Kasek
ist Vorsitzender des
Nabu-Kreisverbandes
Leipzig

Aus Anlass des Antrages von RWE, die Laufzeit des Atomkraftwerkes Biblis A zu verlängern, haben die Umweltverbände dazu aufgerufen, Stromanbietern, die Atomstrom im Mix haben, zu kündigen und zu Ökostromanbietern zu wechseln. Zum Jahresende haben viele Energieversorger, darunter auch Sachsens Stadtwerke die Preise kräftig angehoben. Im Ergebnis kann man nun zu Ökostromanbietern wechseln, ohne mehr zahlen zu müssen.

Die Ökobilanz der Stadtwerke Leipzig und Chemnitz ist bescheiden: In Leipzig werden je kWh Strom 426 g CO₂ freigesetzt, in Chemnitz durch den hohen Kohleanteil 795 g. Nur Dresden betreibt ein größeres Gaskraftwerk und schneidet dadurch besser ab. Hier fallen je kWh 331 g CO₂ an. Atomstrom beziehen alle drei. Das lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Wer es ernst meint mit Klimaschutz und dem Ausstieg aus der Kernenergie muss den Stadtwerken die rote Karte zeigen.

In erster Linie durch Energiesparen und wer es sich leisten kann durch Investition in Anlagen zur Erzeugung von Ökostrom. Ohne den Energieverbrauch drastisch zu senken, wird es weder einen Atomausstieg noch wirksamen Klimaschutz geben.

In zweiter Linie durch Wechsel zu einem anderen Anbieter (siehe www.atomausstieg-selber-machen.de). Zwar bieten auch Dresden und Leipzig grünen Strom an. Aber der ist sehr teuer und auch Etikettenschwindel: Es wird für die Bezieher von grünem Strom kein zusätzlicher Ökostrom ins Netz eingespeist, sondern der Aufpreis wird genutzt, neue Anlagen zu bauen, die sich aber durch die Einspeisevergütung bereits rechnen.

Die Forderung nach Anbieterwechsel weg von den Stadtwerken kollidiert mit einer anderen grünen Forderung: Das kommunale Eigentum an den Stadtwerken zu erhalten. Wie geht es zusammen, sich dafür einzusetzen, Stadtwerke nicht zu privatisieren und zugleich dazu aufzufordern, ihnen zu kündigen? Kommunales Eigentum an den Stadtwerken ist nur sinnvoll, wenn die Stadtwerke von der Kommune genutzt werden, vernünftige Energiepolitik zu betreiben. Das heißt auch Tarife, die das Stromsparen so weit wie möglich belohnen. Daher weg mit den verbrauchsunabhängigen Grundpreisen!

Sie sorgen dafür, dass der Preis mit dem Verbrauch sinkt und bestrafen damit Stromsparer. In Leipzig zahlt ein Haushalt, der im Jahr 1000 kWh Strom verbraucht, 24,67 Cent/kWh, bei einem Verbrauch von 2500 kWh sind es 21,87 Cent und bei 5000 kWh 19,78 Cent. Solch verdeckter Mengenrabatt steht im klaren Widerspruch zum Ziel, den Energieverbrauch zu senken. Höhere Strompreise

sind zu vertreten, wenn sie durch einen höheren Anteil erneuerbarer Energie zu Stande kommen. Im Moment werden Stadtwerke von der Mehrheit der Stadträte und von den Verwaltungen nur als Mittel der Geldbeschaffung gesehen. Auf die Idee, dass Stadtwerke vor allem dann gut sind, wenn sie preiswert Klimaschutzpolitik fördern, kommen sie nicht.

Stadtwerke sollen nicht in erster Linie Gewinne an den Stadthaushalt abführen, sondern eine vernünftige Energiepolitik unterstützen: vor allem bei Mietwohnungen die Nutzung regenerativer Energien fördern, z.B. mittels thermischer Solaranlagen, Stromsparen belohnen, auf Atomenergie grundsätzlich verzichten und jede Chance nutzen, Strom aus Gas-, Biomasse- und regenerativen Anlagen preiswert einzukaufen, damit die Strompreise bezahlbar bleiben und Schritt für Schritt der Bezug von Kohlestrom verringert wird. Plattenbauten könnten so saniert werden, dass sie Passivhausstandard erreichen. Auf Grund der standardisierten Bauweise und der schlichten Architektur würden dabei durch Umlage der Investitionen auf die Miete die Kaltmieten nur so weit steigen wie die Heizkosten sinken: unter dem Strich würden die Warmmieten nicht steigen. Engagement der Leipziger Stadtwerke und der Stadtratsmehrheit? Bisher Fehlanzeige.

Ohne den Druck engagierter Bürger wird sich das nicht ändern. Dazu gehört auch, den Stadtwerken die rote Karte zu zeigen, wenn sie keine zukunftsfähige Energiepolitik betreiben. Gerade wer will, dass die Stadtwerke in der Hand der Kommune bleiben, muss sich dafür engagieren, dass die Kommunen ihr Eigentum nutzen, sozialverträgliche Klimaschutzpolitik zu machen. Dazu gehört auch, seine Nachfragemacht als Kunde entsprechend einzusetzen.

Dr. Leonhard Kasek, KV Leipzig

Energier Rebellen im Osterzgebirge

Längst ist der Mensch als Hauptverursacher des Klimawandels durch das von ihm durch Verbrennung freigesetzte Kohlendioxid identifiziert. Die weitere Aufheizung des Planeten mit den verheerenden Folgen für Natur und Menschheit kann nur eingedämmt werden, wenn durch Energieeinsparung und Verwendung alternativer Energie- und Antriebsformen der Ausstoß von Kohlendioxid bis Mitte dieses Jahrhunderts um 70 Prozent gegenüber 1990 gemindert wird. Trotz dieser Erkenntnis halten in Sachsen die CDU und Ministerpräsident Georg Milbradt nach wie vor an einem aberwitzigen Energieprogramm aus dem Jahr 2004 fest, das noch Jahrzehnte auf den Hauptenergieträger Braunkohle setzt und auch die Atomenergie nicht ausklammert.

Aus Sicht der „Energier Rebellen“ vom Energietisch Altenberg e.V. ist das Klima vernichtende Energieprogramm eine Schande für Sachsen und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. In einer überparteilichen Arbeitsgruppe der SPD-Landtagsfraktion haben sie sich deshalb für eine radikale Änderung des sächsischen Energieprogramms eingesetzt. Der SPD-Vorschlag vom Februar trägt so, wenn auch nur zum Teil, die Handschrift des Energietisches Altenberg.

Bereits im Frühjahr 2000 gründete Dietrich Papsch mit Gleichgesinnten den Energietisch Altenberg. Seitdem setzt sich die Initiative für eine Energiewende in der Osterzgebirgsregion ein. Sie versteht sich als Initiator für Vorhaben und Projekte auf diesen Gebie-

ten und will Bürger, regionale Wirtschaft und Verwaltungen für eine Energieversorgung mit erneuerbaren Energien gewinnen. Papschs Vision ist es, den Weißeritzkreis und die angrenzenden Landkreise Sächsische Schweiz und Freiberg bis 2035 vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen. „Die Ressourcen an Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie sind in der Region reichlich vorhanden“, ist er sich sicher. „Allein politischer und gesellschaftlicher Wille muss her. Die drei Kreise geben heute schon jährlich hunderte Millionen Euro für den Import von Öl und Gas und für Kohlestrom aus, ohne dass dabei Wertschöpfung in der Region anfällt. Diese Kostenspirale und die Vernichtung des Klimas sind nicht mehr hinnehmbar“, fordert der Energier Rebell seit langem.

Seit 2002 hat die Initiative mehrere Projekte realisiert, darunter eine Solarstudie und einen „Regionalwegweiser für den Weißeritzkreis und den Landkreis Sächsische Schweiz“, die einer breiten Öffentlichkeit als Handlungsrahmen zur Verfügung stehen. Ab Frühjahr 2007 wird es in Schellerhau eine geführte Solarwanderung geben. Die Solarinitiative hat seit 2000 das Pilotprojekt „Solarstrom- und Solarwärme im Gymnasium Altenberg“ sowie Bürgersolarkraftwerke in Schellerhau und im Bärensteiner Bielatal initiiert und unterstützt das geplante Bürgerkraftwerk in Tharandt. Darüber hinaus ist es ihrem Engagement mit zu verdanken, dass bis Ende 2006 in Altenberg auf 86 Dächern Solaranlagen errichtet und zahlreiche Heizungsanlagen von Gas und Öl auf Biomasse

umgestellt wurden. Davon profitierten das lokale und regionale Handwerk sowie die Umwelt durch nachhaltigen Klimaschutz. Altenberg beteiligt sich mit rund 1.000 weiteren Städten in Deutschland an der Solarbundesliga und nimmt aktuell den 2. Platz in Sachsen ein.

Inzwischen sind die Altenberger Energier Rebellen weit über die Grenzen des Osterzgebirges und auch Sachsens bekannt. 2005 und 2006 wurden sie von der Bundesinitiative RegioSolar und vom Bundesverband Solarwirtschaft für die Aktion „Wärme aus der Sonne“ ausgewählt und beteiligten sich auch 2007 an der „Woche für die Sonne“ rund um den Tag der Erneuerbaren Energien am 26. April. In der Sächsischen Schweiz soll noch im Frühjahr 2007 ein Energietisch gegründet werden. Er kann sich der Unterstützung der Altenberger sicher sein.

**Dietrich Papsch und Andreas Warschau,
Energietisch Altenberg e.V.**

**„Sonnensucher am Kahleberg.
Globalkritisch denken – Lokal
handeln“** von Dietrich Papsch
(Verlag Neue Literatur, ISBN
3938157186), zu bestellen über
www.energiesch-altenberg.de/
buchempfehlungen.html

www.energiesch-altenberg.de
www.solarbundesliga.de



Klimawandel in Sachsen –

Eine Ausstellung des Bildungswerkes Weiterdenken

Hochwasser? Trockene Sommer? Matschige Winter? Hagelstürme? Der Wandel des Klimas findet nicht nur an den Polen oder an den Rändern der Wüsten statt. In den letzten Jahren sind sehr präzise Szenarien entstanden, die für die unterschiedlichen Regionen Sachsens differenzierte Prognosen liefern. Die Ausstellung verdeutlicht den Zusammenhang von weltweiten Veränderungen und den Auswirkungen in Sachsen.

Beispielhaft lesen wir von den Veränderungen in der sächsischen Landwirtschaft, in den Wäldern, dem drohenden Ende der sächsischen Weißweine und des Wintertourismus im Erzgebirge. Natürlich werden diese Voraussagen in Beziehung zu den weltweiten Klimaveränderungen gebracht, Schwerpunkt ist aber Sachsen. Und wir bleiben nicht bei Prognosen stehen, wir zeigen was sächsische Kommunen schon tun, um ihre Verantwortung wahrzunehmen und was

einzelne findige Sachsen schon in ihrem Energieverbrauch ändern. Wir werden auch zeigen, wie in Sachsen der CO₂-Ausstoß durch die Verstromung von Braunkohle wieder ansteigt, wo er dringend gesenkt werden muss. Zur Ausstellung gehört eine Videoinstallation. Die Homepage www.klimawandel.weiterdenken.de ergänzt die Ausstellung mit detaillierten Informationen.

Die Ausstellung mit 18 Tafeln (57 x 80 cm) kann beim Bildungswerk ausgeliehen werden. Wir verfügen über ein passendes Stellsystem aus Holzrahmen. Das Bildungswerk erhebt keine Ausleihgebühr, die Kooperationspartner müssen aber selber für Transport, Auf- und Abbau sorgen und die Ausstellung versichern.

Kontakt: Bildungswerk Weiterdenken, Schützengasse 18, 01067 Dresden, Telefon 0351/494 33 11, E-Mail info@weiterdenken.de

Bürger machen Energie

Eine „neue Gründerzeit“ ist angebrochen: Notwendig sind technologische Innovationen, die weniger Energieverbrauch, weniger Umwelt- und Klimabelastung verursachen. Notwendig sind neue und effiziente Formen der Energieerzeugung. Notwendig ist die deutliche Reduktion des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes. Bürger müssen nicht warten, bis Politik und Großindustrie endlich begriffen haben, was Not tut – sie können und sollen selbst aktiv werden. Bürger machen Energie – gemeinsam nehmen sie die Sache selbst in die Hand, gründen und errichten ein Bürgerkraftwerk. Damit setzen sie auch ein Zeichen gegen den „Größenwahn“ der bisherigen Energiepolitik: Bürgerkraftwerke sind vergleichsweise klein, dezentral und flexibel.

Unter Bürgerkraftwerken versteht man Stromerzeugung im Besitz von Bürgerinnen und Bürgern oder im Besitz von Gesellschaften, in die sich Personen zusammengeschlossen

haben. Sie sind die entscheidende Möglichkeit, das Geschäft mit Energie wieder in Bürgerhand zu legen und sich von Konzerninteressen unabhängig zu machen. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlichster Arten von Bürgerkraftwerken. Bürgerkraftwerke können mit Wind-, Solar- oder Hydroenergie (Wasserkraft) betrieben werden, auch Kraft-Wärme-Kopplung mit Biomasse ist eine Möglichkeit.

In der Kürze kann hier nicht mehr gesagt werden. Für alle Interessierten verweise ich auf die Broschüre des DAKS e.V. Bürger machen Energie. Bürgerkraftwerke – Ein Handlungsleitfaden. Die Broschüre kann für 3,00 Euro zuzüglich Porto bzw. sie kann kostenlos unter www.daksev.de heruntergeladen werden.

Jens Bitzka, KV Hoyerswerda, Vorstandsreferent bei DAKS e.V.



Traumberuf Europäerin

Anna Cavazzini ist im Bundesvorstand der Grünen Jugend für Europa und Frauen zuständig

„Es müssen noch zwei weitere blue badges bestellt werden. Hast du schon die Hotelbuchung bestätigt? Welche Organisation wäre für die Anhörung noch interessant? Finde mal raus, ob die schon einen Freiwilligendienst mit Senioren durchgeführt haben! Die Plakate müssen noch gedruckt werden ...“

Während meines viermonatigen Praktikums nach meinem Bachelorabschluss in European Studies in Gisela Kallenbachs Brüsseler Büro im Europäischen Parlament verging die Zeit immer sehr schnell ...

Neben vielen anderen Dingen war ich damit betraut, eine Anhörung zu Freiwilligenarbeit in der EU mit zu organisieren. Ziel der Veranstaltung war eine Diskussion mit VertreterInnen von verschiedenen Freiwilligenorganisationen und Mitgliedern der EU-Kommission über die Zukunft von Ehrenamt und freiwilliger Arbeit auf europäischer Ebene. Ein Schwerpunkt war für unser Büro der Dialog über einen möglichen europaweiten Seniorenfreiwilligendienst, ähnlich wie der seit zehn Jahren existierende Freiwilligendienst für Jugendliche. Wer soll also zu solch einer Veranstaltung als SprecherIn eingeladen werden? Wie gestalten wir am besten die Presseankündigungen? Wie erreichen wir möglichst viele Menschen im Parlament? Was hat die EU-Kommission denn bis jetzt zu dem Thema überhaupt gemacht? Welche Technik brauchen wir vor Ort?

Als schließlich alle TeilnehmerInnen am Tag der Anhörung auf ihren Plätzen saßen und sich über die hohe Motivation in der europäischen Gesellschaft zu freiwilliger Arbeit austauschten und Verbesserungsvorschläge für die Zukunft

entwickelten, war ich dann sehr froh. Zum einen, dass alles geklappt hatte und keineR der PodiumsteilnehmerInnen im Brüsseler Verkehrschaos verschollen war oder den Flug verpasst hatte. Und zum anderen, dass mich mal wieder dieses schöne Gefühl beschlich, wie nah sich die Menschen in Europa doch eigentlich sind und es wirklich möglich ist, gemeinsame Ziele zu verwirklichen.

Einen ganz besonderen Reiz hatte das Praktikum natürlich wegen des internationalen Flairs im Europäischen Parlament. An welchem Arbeitsplatz hat man schon italienische, französische oder polnische Nachbarbüros und geht mit Menschen aus Belgien oder den Niederlanden mittags in die Kantine? Nicht zu vergessen die Treffen mit den Leuten der FYEG (Federation of Young European Greens) und die langen Diskussionsabende bei belgischem Kirschbier über europäische und grüne Politik ...

Anna Cavazzini, Grüne Jugend

Grundeinkommen als Abfindung für Ausgrenzung?



Seit Beginn der Debatte um ein Grundeinkommen haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen dramatisch verändert. Ich sehe weder die Grundsicherung noch ein Grundeinkommen als Patentlösung für alle Betroffenen und alle Lebenslagen. Die Diskussion krankt daran, dass über „die Menschen“, oder doch wenigstens über „die Erwerbslosen“ geredet wird – und jede Seite verallgemeinert Erfahrungen bestimmter Gruppen von Erwerbslosen und schließt von dieser auf alle. Die Wirklichkeit ist viel komplexer.

Worüber reden wir also? Es ist hilfreich, sich die Wirklichkeit genauer anzuschauen. Wir reden über Menschen, die in einer Zeit leben, in der der Arbeitsmarkt in Deutschland vielen Menschen keine Chance lässt. Deshalb das Ende der „Zukunft der Arbeit“ einzuläuten ist nicht überzeugend, es sei denn Deutschland bleibt der Nabel der Betrachtung. In anderen europäischen Ländern ist die Erwerbsquote deutlich höher und die Arbeitslosigkeit gleichzeitig weit niedriger.

Eine Folgedebatte dieses Tunnelblicks auf das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ist dann oft hoffnungsvoll die Umdefinition der Arbeit. Wenn wir den Arbeitsbegriff erweitern, dann können wir denen, die für das Gemeinwohl nützliche Tätigkeiten verrichten, eine Grundsicherung dafür anbieten. Warum sollte aber die Gesellschaft bereit sein, diese nützlichen Tätigkeiten materiell über eine Grundsicherung abzusichern – aber nicht, diese nützlichen Tätigkeiten als Dienstleistungen zu bezahlen? Ökonomisch ergibt das für mich keinen Sinn. Es sei denn, es geht um die Absicherung eines Niedriglohnssektors, der längst nicht nur unqualifizierte Arbeiten betrifft. Für die Würde der Betroffenen ist es aber ein gewaltiger Unterschied. Davon zeugen mehr als hundert Jahre Frauenbewegung. Nicht alle Hausfrauen waren arm. Alle haben nützliche Tätigkeiten für das Gemeinwohl übernommen. Aber sie hatten nicht die ökonomische Freiheit zur Selbstbestimmung. Das Ehrenamt ist bürgerschaftliches Engagement – und nicht ein Mittel, billig Arbeitskräfte zu rekrutieren. Teilhabegerechtigkeit kann nicht nur Arbeit in der Gemeinschaft heißen – sie muss auch Teilhabe an der Freiheit einschließen, das Leben selbst zu gestalten

Deshalb finde ich es überzeugender, Erwerbsarbeit zu finanzieren statt einer Abfindung für den Ausschluss aus der Erwerbsarbeit. Ist es ethisch vertretbar, Arbeit für das Gemeinwohl zu erwarten und sie nicht zu bezahlen?

Wäre dazu ein gigantisch subventionierter Arbeitsmarkt nötig? Ist das Bildungswesen, die Forschung ein subventionierter Arbeitsmarkt? Wo sind die Grenzen des Arbeitsmarktes sozialer Dienstleistungen? Was ist mit den Richtern und den Abgeordneten? Sind das subventionierte Arbeitsplätze? Oder stimmt etwas nicht daran, dass Arbeit nur in der Wirtschaft anzusiedeln wäre? Vielleicht ist das eine These der industriellen Gesellschaft und passt nicht mehr so recht auf die postindustrielle Wissensgesellschaft.

Pino Olbrich ist parlamentarische Beraterin in der GRÜNEN Landtagsfraktion

Die Dienstleistungsehe:



Cartoon: Erich Rauschenbach, www.erich-rauschenbach.de

Wir brauchen ein emanzipatorisches Menschenbild

Wen betrifft Hartz IV und wen prekäre Arbeit?

Wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle ein Angebot, das die Situation der „Generation Praktikum“ befriedigend verbessern könnte? Oder wäre es nicht eher ein Angebot an die Wirtschaft, noch schamloser über lange Zeit Praktikanten ohne Gehalt oder Lohn für ihre hochqualifizierte Arbeit schufteln zu lassen? Oder Sozialpädagogen professionell „tätig“ werden zu lassen für absolut notwendige Sozialarbeit ohne Finanzierungsbasis?

Es sind Menschen betroffen, die es in der Langzeitarbeitslosigkeit schlecht aushalten und arbeiten wollen. Aber sie passen zur Zeit nicht in das Altersmuster der Arbeitsmärkte, oder es fehlt ihnen an Mobilität oder Bildung. Im Moment könnten die sehr gut mit einem Modell wie Bad Schmiedeberg eine Chance auf soziale Teilhabe erhalten. Ein gutes Modell in einer Situation, die von der Politik oft als alternativlos dargestellt wurde. Alle sozialen Transferleistungen kommen in einen Topf, aus dem „Bürgerarbeit“ finanziert wird wie (gering) bezahlte Erwerbsarbeit. Das könnte man perspektivisch leichter haben – direkt und ohne den Umweg über Transferleistungen.

Betroffen von Hartz IV sind auch Menschen, die für den Arbeitsmarkt nicht voll einsetzbar sind. Darunter die, die nicht wollen und die, die nicht können. Dass auch Menschen, die nicht mehr als drei Stunden täglich arbeiten können, unter Hartz IV mit seinen übernommenen sozialhilferechtlichen Demütigungen konfrontiert werden, ist weder sinnvoll noch menschenwürdig. Für sie wäre ein Grundeinkommen eine wesentlich bessere Lösung – so, wie die Grundsicherung im Sozialgesetzbuch XII angelegt ist. Vielleicht könnte das sächsische Modell der Bürgerarbeit TAURIS für diese Gruppe modifiziert werden. Dessen Bedingung für die Bürgerarbeit ist gerade, dass nicht mehr als 14 Stunden wöchentlich gearbeitet werden darf. Dafür ist die Laufzeit unbefristet. Es gibt eine wachsende Gruppe von Menschen, die schon abgestürzt sind – u.a. durch Langzeitarbeitslosigkeit. Sie brauchen ganz andere Unterstützungen, als eine materielle „Abfindung“. Sie brauchen Unterstützung auf einem Weg, wieder Selbstvertrauen zu gewinnen. Das kann Therapie heißen, das kann ein 1-Euro-Job mit therapeutischer Begleitung sein. Da muss zielgenau das richtige Angebot entwickelt werden.

Blieben die, die nicht erwerbstätig sein wollen, weil sie selbstbestimmt ihre eigene selbstbestimmte Tätigkeit machen wollen – zum Beispiel ihren Garten oder Kunst oder Bücher schreiben. Denen würde ein Grundeinkommen helfen. Sie erleben sich zu Recht nicht als arbeitslos. Ihnen fehlt tatsächlich zunächst nur das Einkommen. Erfahrungsgemäß aber nicht auf Dauer. Es ist für jeden unbefriedigend, wenn die eigene Arbeitsleistung finanziell nicht anerkannt wird.

Pino Olbrich, KV Dresden



Leserinnenbrief der grünen Bundestagsabgeordneten Monika Lazar zum Streitgespräch zwischen Antje Hermenau und Prof. Dr. Friedhelm Peters im Aufwind 4/2006 S. 4–5

Der Schwerpunkt des letzten Aufwindes „Soziale Gerechtigkeit“ hat mir sehr gut gefallen. Besonders die Diskussion über Grundeinkommen und Grundsicherung war interessant. Da dieses Thema in diesem Jahr auch im Bundesverband diskutiert wird, wird diese Debatte auch unseren Landesverband weiter beschäftigen.

Meines Erachtens ist der Knackpunkt der Diskussion, welches Menschenbild wir haben. Für mich spielt dabei die protestantische Arbeitsethik keine Rolle. Wir sehen doch an der jeweiligen Flut von Bewerbungen, wenn sich wieder ein größerer Investor, wie zum Beispiel in Leipzig BMW und DHL, ankündigt, dass die allermeisten Menschen nichts dringender wollen, als so schnell wie möglich wieder zu arbeiten. Aber uns muss auch wichtig sein, zu welchen Bedingungen Menschen arbeiten. Wir wissen doch, wie gering das Lohn- und Gehaltsniveau hier vor Ort ist und trotzdem arbeiten Menschen zu schlechten Bedingungen.

Dass es immer einen geringen Teil der Arbeitslosen geben wird, die sich einrichten, ist doch nicht das schlimmste Problem. Eine wohlhabende Gesellschaft wie unsere, kann dies m.E. verkraften. In bestimmten Abständen wird dies gern skandalisiert, lenkt aber vom Grundproblem ab, dass es nicht genügend Arbeitsplätze gibt.

Wir sollten uns nicht scheuen zur Kenntnis zu nehmen, dass wir so schnell keine Vollbeschäftigung mehr erreichen werden. Diese Phase war auch in Westdeutschland nur zeitlich begrenzt und galt selbst da nur für Männer. Wenn sich unsere Gesellschaft das eingestehen würde, machte auch der Druck, Arbeit aufzunehmen, wo zu wenig angeboten wird, keinen Sinn mehr. Auch jetzt schon engagieren sich viele Menschen, darunter auch viele Arbeitslose im gemeinnützigen Bereich.

Gerade BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehören doch zu denen, die einen weiten Arbeitsbegriff haben. Wir wollen Phasen der Erwerbsarbeit mit Phasen der gesellschaftlichen, familiären Arbeit und persönlichem Freiraum verknüpfen und möglich machen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen weiterhin in einer wachstumskritischen Tradition. Aber selbst Wachstum garantiert heutzutage nicht automatisch sinkende Arbeitslosigkeit.

Mit all diesem programmatischen Hintergrund sollten wir Bündnisgrüne ein emanzipatorisches Menschenbild haben und die Diskussion um Grundeinkommen und Grundsicherung jenseits der bisherigen eingefahrenen Meinungen auch bei uns im Landesverband führen.

Monika Lazar, KV Leipziger Land

Demokratie, Klima, Internationales und noch viel mehr ...



Landesdelegiertenkonferenz in Chemnitz

Am 9./10. Februar fand im Kraftwerk in Chemnitz die 27. LDK in Sachsen statt. In etwas schräger Retro-DDR-Atmosphäre – der Saal wurde in den 1950er Jahren im Rahmen des „Nationalen Aufbauparks“ gebaut und war für die Pioniere gedacht, so dass lauter herzige Jungpioniere von den Deckenfriesen auf die Delegierten herabschauten – debattierten etwa 80 Delegierte über verschiedenste Anträge und wählten einen neuen Landesvorstand.

Der Leitantrag des alten Landesvorstands „Mitbestimmung ausbauen – Demokratie leben!“ wurde angenommen. Die Partei setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene und Erleichterung von Volksanträgen im Freistaat ein. Zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen werden kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte und eine Stärkung der Mitbestimmung junger Menschen in der Jugendhilfe gefordert. Das geht der Grünen Jugend nicht weit genug, unter den Klängen von „Kinder an die Macht“ (H. Grönemeyer) warfen Mitglieder Luftballons mit der Forderung nach dem Wahlrecht ab 16 Jahren in den Saal.

Verbunden mit der Forderung nach mehr Demokratie ist auch die Resolution „Für mehr Ehrlichkeit und mehr Demokratie bei der Verwaltungsreform“ und die Unterstützung des Parteitages für den „vogtländischen Weg“ (Basisanträge). Hier arbeiten die – noch – kreisfreie Stadt Plauen und der Landkreis Vogtland bereits jetzt zusammen und wollen dies weiter ausbauen. Der „vogtländischen Weg“ ist im Grunde der Test für die sächsische Staatsregierung: Geht es bei der Kreisreform um wirkliche Effizienzsteigerung oder ums Durchregieren?

Die Arbeitsschwerpunkte 2007 werden eine Klimaschutzkampagne für Sachsen – die Grundlagen wurden bereits auf der Kreis-konferenz am 4. November 2006 in Freiberg durch den Antrag für ein neues Energieprogramm für Sachsen gelegt – und die Sozialpolitik sein. Die LAG Christinnen und Christen hatte einen Antrag zu einem Grundeinkommen verknüpft mit ehrenamtlicher Arbeit eingebracht. Auf Antrag des Landesvorstandes wurde er nicht abgestimmt, damit die Diskussion über Grundsicherung und Grundeinkommen noch breiter geführt werden kann.

Die Frage „Wie wollen wir leben?“ wurde auch durch zwei gegensätzliche Anträge zum Ladenschluss berührt. Der KV Bautzen möchte den Ladenschluss nicht weiter liberalisiert haben, der KV Leipzig fordert eine Freigabe der Öffnungszeiten von Montag bis Sonnabend mit dem Sonntag als Ruhetag. Die Leipziger haben sich knapp durchgesetzt. Bei der Diskussion wurde deutlich, dass dieses Thema in der Partei heftig umstritten ist. In Großstädten mit vielfältigen Möglichkeiten für Einzelhändler (Spätshops, Spezialgeschäfte, Studentenviertel) herrscht eine andere Sicht der Dinge als in Mittelstädten, wo man veredete Innenstädte und Märkte auf der grünen Wiese kennt.

Die LAG Europa brachte einen Antrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Grünen in den angrenzenden polnischen und tschechischen Bezirken ein, der einstimmig beschlossen wurde. Der neue Beisitzer Frank von Woedtke will sich im Landesvorstand darum kümmern.

Ein Beschluss zur Ablehnung der Tornadoeinsätze in Südafghanistan wurde angenommen. Eine weitere Basisinitiative war ein komplettes Rauchverbot in Gaststätten als Verschärfung des Gesetzentwurfs zum Nichtraucherschutz, den die Landtagsfraktion im März einbringen wird. Er sieht lokale Rauchverbote in öffentlichen Einrichtungen, in Krankenhäusern, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Sporteinrichtungen und Spielplätzen, Transportmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs und Gaststätten vor. In Gaststätten können Raucherräume eingerichtet werden, in denen im Interesse der Gesundheit der Angestellten allerdings nicht bedient wird. Das Verbot dieser im Antrag geforderten Raucherräume wurde von der Versammlung abgelehnt.

Ines Zlotkowski (KV Leipziger Land) und Inge Gottstein (KV Berlin-Spandau) bilden die neue Revisionskommission. In den Länderrat wurden Eva Jähnigen (Vertreter Rudi Haas) vom Landesvorstand und Martin Böttcher (KV Leipzig) und als sein Vertreter Horst Schiemeyer (KV Löbau-Zittau) als Basisdelegierte gewählt.

Gundula Schmidt-Graute, KV Dresden

Beschlüsse unter www.gruene-sachsen.de/ldk2007.html

Alle Neune – der neue Landesvorstand

Auf der Landesdelegiertenkonferenz wurde turnusgemäß ein neuer Landesvorstand gewählt. Während es bei der Sprecherin, dem Schatzmeister und den Beisitzerinnen und Beisitzern keine Gegenkandidaten, bzw. so viel Kandidatinnen und Kandidaten wie Positionen gab, war es beim Sprecherposten richtig spannend.

Die neue Sprecherin ist die alte: Eva Jähnigen. Sie ist seit 1990 kommunalpolitisch in Dresden aktiv (Stadträtin/Fraktionssprecherin), und befasst sich dort u.a. intensiv mit Stadt- und Regionalentwicklung. Als gelernte Krankenschwester und Anwältin sind ihr auch Fragen der öffentlichen Verwaltung(sreform) und Sozialpolitik wichtig.

Bei der Wahl zum Sprecher traten Till Käbsch und Rudolf Haas gegeneinander an. Dabei trafen nicht nur die Generationen (Till ist ziemlich genau halb so alt wie Rudi) sondern auch die politischen Schwerpunkte aufeinander. Während Till sich vor allem für Bildung, Hochschule und Demokratie/Rechtsextremismus interessiert, seit 2003 bei der Grünen Jugend aktiv ist und in seiner Zeit als Beisitzer 2005-

Barbara Scheller

Pia Lorenz

Susanne Wittmann-Beschel

Leon Eckart Wolff

Frank von Woedtke

Rudolf Haas

Eva Jähnigen

Werner Rohr

Stephan Kühn

Ich bin im Landesvorstand, ...

... weil ich meine Erfahrungen und Ideen für das künftige Sachsen einbringen möchte.

Barbara Scheller, KV Torgau-Oschatz

... weil ich möchte, dass Grüne und Frauen in Sachsen zusammengehören.

Pia Lorenz, KV Chemnitz

... weil ich auch den grünen MitstreiterInnen außerhalb der Ballungsräume eine Stimme sein will.

Susanne Wittmann-Beschel, KV Bautzen

... weil ich nicht nur Beisitzer sondern „Mitmacher“ sein will.

Frank von Woedtke, KV Löbau-Zittau

... um Debatten zu grünen Kernthemen zu verstärken, die eine deutliche Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Leon Eckart Wolff, KV Leipziger Land

... weil ich mehr politisch interessierte junge Menschen motivieren will, sich bei uns zu engagieren.

Stephan Kühn, KV Dresden

... weil ich davon überzeugt bin, dass ich einen wichtigen Beitrag leisten kann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf allen Ebenen voran zu bringen.

Rudolf Haas, Landesvorstandssprecher, KV Meißen

... weil ich will, dass auch die Generationen nach uns selbstbestimmt und menschenwürdig leben können und wir hierfür die grünen Potentiale erschließen müssen.

Eva Jähnigen, Landesvorstandssprecherin, KV Dresden

... weil ich die Welt ein winzig kleines Stückchen besser machen möchte.

Werner Rohr, Landesschatzmeister, KV Chemnitz

2007 den Kontakt zur Grünen Jugend hielt, ist Rudi Haas ein Umweltpolitiker der ersten Stunde.

Rudi Haas, der neue Sprecher, ist Österreicher und seit 1984 im BUND aktiv, zunächst in Bayern. Seit 1999 wohnt er in Radebeul und hat einen eigenen Forstbetrieb. Seit der Kommunalwahl 2004 ist er Stadtrat in Radebeul und Kreisrat im Landkreis Meißen. Er initiiert im vergangenen Sommer das erfolgreiche Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Elblandkliniken.

Neuer Schatzmeister ist Werner Rohr. Er baute bereits 1981 die GRÜNEN im KV Grafschaft Bentheim in Niedersachsen auf und war 1995-2003 Bürgermeister für Kultur, Sport, Jugend und Soziales in Siegen. Seit 2004 leitet er das Kulturzentrum DAS TIETZ in Chemnitz. Im Jahr 2006 wurde er Beisitzer im Landesvorstand.

Als Beisitzerinnen wurden Pia Lorenz, Barbara Scheller und Susanne Wittmann-Beschel gewählt. Pia ist eine engagierte Frauen- und Gleichstellungspolitikerin und derzeit amtierende Frauenbeauftragte der Stadt Chemnitz. Sie will die Partei vor allem für Frauen attrak-

tiver machen. Barbara ist Kreisrätin im Landkreis Torgau-Oschatz und seit 2005 Beisitzerin im Landesvorstand. Sie sieht ihre Aufgabe vornehmlich darin, den ländlichen Regionen mehr Gewicht zu verleihen. Susanne will sich ebenfalls mit der Stärkung des ländlichen Raums und den neuen Strukturen durch die Kreisreform befassen und sieht auch in der Familien-, Sozial- und Bildungspolitik einen Schwerpunkt ihrer Arbeit.

Die neuen Beisitzer heißen Stephan Kühn, Frank von Woedtke und Leon Eckart Wolff. Stephan ist Stadtrat in Dresden und in der Fraktion für Schul- und Verkehrsfragen zuständig. Er will sich künftig um die Vernetzung mit den Umweltverbänden bemühen, damit umweltverträgliche Verkehrspolitik in Sachsen wieder eine Chance hat. Leon Eckart aus Markkleeberg sieht seine Arbeitsschwerpunkte bei den Erneuerbaren Energien, damit verbunden der Bauwirtschaft, sowie der Stadt- und Regionalplanung. Frank möchte seine kommunal- und regionalpolitische Erfahrung einbringen und die Zusammenarbeit mit den niederschlesischen und nordböhmisches Grünen organisieren.

Gundula Schmidt-Graute, KV Dresden

LAG LÄNDLICHER RAUM

Interview mit Barbara Scheller, Verantwortliche für die LAG Ländlicher Raum im Landesvorstand



Barbara Scheller

Wie lange gibt es die LAG Ländlicher Raum schon, und wer hat sie initiiert?

Die Idee sich speziell mit den Problemen des ländlichen Raumes zu befassen ist nicht neu. Bereits 1998 trafen sich die grünen Kreisverbände von Nordsachsen auf Regionalkonferenzen zum Meinungsaustausch. Auf dem Kreissprechertreffen in Döbeln griffen Jens Rühling, Jens Haubner und Ina Miehe diese Idee wieder auf – gleich für das ganze Land.

Am 28. Oktober 2006 wurde die LAG Ländlicher Raum in Oschatz gegründet. Auf dem zweiten Treffen am 27. Januar in Hausdorf bei Colditz wählten wir Thomas Hohl zum LAG-Sprecher. Thematisch ging es um das urgrüne Thema der regenerativen Energie.

Wie viele Leute seid Ihr und wohnen alle auf dem Land?

Zur LAG gehören 10 Leute. Ob alle auf dem Land wohnen, ist eine Frage der Definition von Land und Stadt. Einige wohnen in kleineren Städten, die meisten aber sind „echte Landeier“.

Was wollt Ihr als nächstes konkret tun?

Als nächstes steht das Thema Gesteinsabbau auf der Themenliste. Wir wollen an einem Beispiel der Region Reuth im Vogtland nachweisen, welche Auswirkungen „geplante“ Neuaufschlüsse von Bergwerken auf eine Region haben und diese bewerten. Dieses Thema reicht weit in andere Bereiche wie: Bürgerinformationsrecht, Umweltschutz, Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Emissionsschutz ...

Wir wissen, Bergbau ist an vielen Orten ein heißes Eisen. Gerade brandaktuell ist ja der Kupferfund in der Lausitz. „In Deutschland haben wir nichts Vergleichbares ...“ und sofort macht sich Goldgräberstimmung breit. Und das weitere Szenario kennt jeder ...

Organisatorisch wollen wir weiter für unsere LAG werben. Wir suchen weitere Mitstreiter, die beispielsweise aus der Lausitz und von den Ufern der Elbe sein könnten. Wir sind auf Kenntnisse örtlicher Vertreter angewiesen, wenn wir ländlichen Raum in Sachsen flächendeckend betrachten wollen.

Interessenten wenden sich bitte an die Landesgeschäftsstelle oder per E-Mail an:

lag.laendlicher-raum@gruene-sachsen.de

Landesarbeitsgemeinschaften im Internet

Auf der Website des Landesverbandes stellen sich die LAG mit ihren Themenschwerpunkten, nächsten Terminen und Kontaktmöglichkeiten vor:

www.gruene-sachsen.de/lag.html

Nachrichten aus den Kreisverbänden

Chemnitz

Vielfältige Aktivitäten

Die Filmveranstaltung „Eine unbequeme Wahrheit“ mit anschließender Podiumsdiskussion der Landtagsfraktion am 5. November wurde von uns wegen Überfüllung am 5. Dezember wiederholt. Klimaschutz ist ein Thema in Chemnitz! Wir planen dieses Jahr weitere Aktionen.

Am 7. Dezember besuchten über 200 Gäste die Veranstaltung „Mit Kultur gegen Rechtsextremismus“ der Bundestagsfraktion im Haus DAS TIETZ, mit Satireprogramm des Kabarettisten Serdar Somuncu und Podiumsdiskussion mit Claudia Roth. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie sich Bürger mit Kultur gegen den braunen Extremismus zur Wehr setzen können.

Am 20. Januar waren wir Gastgeber des Mentoringprogramms des Landesverbandes. Es fand ein Workshop zur Frauenförderung in der Politik mit der Referentin Katharina Telschow-Dürr (KV Berlin) und ein Workshop zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit der n-tv-Moderatorin Uta Georgi aus Chemnitz statt.

Am 5. Februar organisierten wir eine öffentliche Mitgliederversammlung im Café Moskau unter dem Motto: „Frieden schaffen ohne Waffen? – ein selbstkritischer Diskurs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Auslandseinsätze der Bundeswehr“. Winfried Nachtwei (MdB) Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik der GRÜNEN Bundestagsfraktion sprach vor den ca. 80 Besuchern über die immer häufigeren Auslandseinsätze der Bundeswehr, Friedens- und Sicherheitspolitik, zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention.

Am 9./10. Februar fand die LDK mit der Wahl des neuen Vorstands in Chemnitz statt. Nun wollen wir uns für eine der nächsten Bundesdelegiertenkonferenzen als Ausrichter bewerben. Das könnte der Region West-

sachsen, aber auch ganz Sachsen noch mehr GRÜNEN Schwung verleihen und eine gute Unterstützung für das Superwahljahr 2009 sein.

Am 6. März 2007 findet eine Veranstaltung zur Gentechnik in der Chemnitzer Friedenskirche in Zusammenarbeit des Kreisverbandes und der Bundestagsfraktion statt. Hauptakteurin ist die Ulrike Höfken (MdB), Sprecherin für Verbraucherpolitik. Nach ihrem Vortrag von findet eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Kirche, Verbänden und Politik statt. Die Veranstaltung soll Auftakt für unsere Kampagne „Chemnitz – gentechnikfrei mit Verbänden und Vereinen“ sein. Diese soll in einen entsprechenden Antrag im Chemnitzer Stadtrat durch unsere Fraktion münden.

Für den 2. April 2007 planen wir wieder eine öffentliche Mitgliederversammlung zum Thema: „Halbzeit im Landtag“. An diesem Tag werden uns hoffentlich mehrere Mitglieder der GRÜNEN Landtagsfraktion Rede und Antwort stehen.

Darüber hinaus unterstützen wir die bundesweite Kampagne „Atomausstieg-selber-machen“. Wir wollen mit dieser Aktion unter anderem auch die Stadtwerke dazu bewegen, ihren Naturstrom besser zu vermarkten, sich zum Atomausstieg zu bekennen und keinen Atomstrom mehr anzubieten.

www.gruene-chemnitz.de

Leipzig

Neuer Vorstand

Am 13. Januar wurde in Leipzig auf dem Stadtparteitag ein neuer Vorstand gewählt.

Neuer Sprecher ist Jürgen Kasek, die neuen und teilweise alten Beisitzer sind Kristina Weyh, Martin Böttcher, Katharina Krefft und Wolfram Leuze. Katharina und Wolfram sind Mitglieder der siebenköpfigen bündnisgrünen Stadtratsfraktion.

www.gruene-leipzig.de

Freiberg

Der KV in studentischer Hand

Der KV Freiberg ist studentisch geprägt, der vorherige Vorstand bestand sogar ausschließlich aus Studenten. Wie kam es dazu? Zunächst wurde auch der KV Freiberg wie viele andere Teile der Bürgerbewegung der DDR überwiegend durch die jetzt mittlere Generation getragen. Die Unterstützung der NATO-Luftangriffe auf das damalige Rest-Jugoslawien im Frühjahr 1999 durch die Mehrheit der Partei konnten und wollten diese Menschen nicht mittragen und traten innerhalb eines relativen kurzen Zeitraumes aus. Erst im Frühjahr 2004 begann die Konsolidierung. Jetzt haben wir wieder elf Mitglieder.

Die studentische Prägung bringt auch einige Nachteile mit sich. So haben wir nicht ausreichend Bezug zu den regionalen Angelegenheiten. Selbst nach einem durchschnittlichen Studium von fünf Jahren ändert sich daran nichts. Jedoch ist gerade der Kontakt zur Freiburger Bevölkerung unser wichtigstes Ziel. Denn jedes Studium findet sein Ende. Und mit hoher Wahrscheinlichkeit wird ein Großteil der studentischen Mitglieder den Kreisverband im Herbst wieder verlassen. Es wird eine Lücke entstehen, welche es aufzufüllen gilt. So haben wir das Ziel, dauerhaft in Freiberg lebende Menschen, für unsere Partei zu werben, um eine kontinuierliche Arbeit des Kreisverbandes über zu ermöglichen.

Freiberg ist eine Stadt, die ein Beispiel dafür ist, wie Ökologie und Ökonomie Hand in Hand gehen können. Im Bereich der erneuerbaren Energien wurden hier viele Arbeitsplätze geschaffen. Die Kontakte zu diesem Wirtschaftszweig wollen wir ebenso pflegen wie jene zur alternativen Szene und zur Universität. Durch den persönlichen Kontakt, den wir zu unseren Professoren haben, können wir diese für Veranstaltungen gewinnen. Dieses grüne Netzwerk wirkt durch Veranstaltungen mit regionalen Unternehmen, Professoren der Bergakademie und

Politikern der Landespartei weit in die Gesellschaft hinein. Im vergangenen Herbst zeigten wir im ausverkauften Saal des hiesigen Kinos den Al-Gore-Film: „Eine unbequeme Wahrheit“ und diskutierten dessen Thesen gemeinsam mit Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit. Diese Veranstaltung war ein voller Erfolg für uns. Sie zeigte, wie grüne Arbeit in der Bergstadt funktionieren kann – und dass sie auch angenommen wird.

www.gruene-freiberg.de

Zwickau

Podium zur Verwaltungs- und Kreisgebietsreform

Für den 7. Februar hatte unsere regionale Landtagsabgeordnete Elke Herrmann zu einem Podium ins Alte Gasometer eingeladen. Es kamen die Landräte Christian Otto (Zwickauer Land, CDU) und Christoph Scheurer (Chemnitzer Land, CDU) sowie die Landtagsabgeordneten Johannes Lichdi (GRÜNE), Mario Pecher (SPD) und Thomas Pietzsch (CDU). Wegen der Ältestenratssitzung konnten weder der Zwickauer OB Dietmar Vettermann (CDU), noch die ursprünglich von ihm beauftragte Sozialbürgermeisterin Pia Findeiß (SPD) an der Podiumsdiskussion teilnehmen.

Als Grund für die Kreisreform nannte Thomas Pietzsch die demografische Entwicklung in Sachsen. Mario Pecher erläuterte die Sicht der SPD, die ursprünglich nur fünf Großkreise vorsah und die Regierungspräsidien abschaffen wollte. Johannes Lichdi beklagte, dass keine öffentlich sichtbare Aufgabenkritik stattfand. Er verwies dabei auf die personell überbesetzten Ministerien. Die ungenügende Informationspolitik der Staatsregierung aber auch der Zwickauer Stadtverwaltung griff dann die FREIE PRESSE in ihrer Berichterstattung auf.

Für die meisten Teilnehmer war klar, dass Zwickau keine Chance hat, kreisfrei zu bleiben, deswegen forderten sie vom abwesenden Oberbürgermeister, mit den beiden Landräten möglichst

bald in Verhandlungen mit dem Ziel einzutreten, die Kreisreform zur Stärkung der Zwickauer Region zu nutzen.

www.gruene-zwickau.de

Plauen

Kampf um die Kreisfreiheit

Neben einer einstimmig beschlossenen Resolution zum Erhalt der Kreisfreiheit, die ab sofort den Bürgern zur Unterschrift vorliegt, fand am 29.1. eine Podiumsdiskussion mit Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) im voll besetzten Theater statt. Dort sprachen sich neben dem OB, der und den hiesigen Landtagsabgeordneten besonders die Bürger im Publikum gegen den vorliegenden Referentenentwurf aus.

Die Stadt hat gemeinsam mit dem Vogtlandkreis ein Konzept erarbeitet, wonach die Verwaltungsvorgänge künftig in der Region nur einmal ausgeführt werden, d.h., die Stellen werden entweder beim Vogtlandkreis oder bei der Stadt eingerichtet und erledigen die Arbeit für beide Körperschaften. Plauen, das ohnehin schon die niedrigsten Verwaltungskosten der sächsischen kreisfreien Städte hat, geht damit seinen Weg der sparsamen Haushaltsführung konsequent weiter. Nicht zuletzt liegt ein beschlossener Haushalt für 2007 vor, der keine Neuverschuldung enthält, trotzdem Schulden abbaut und somit keinen Genehmigungsbescheid vom RP braucht.

Kreisfreie Städte, die in Landkreisen aufgehen, werden künftig weniger Schlüsselzuweisungen erhalten. Das „soll“ anfangs noch ausgeglichen, im Laufe der Zeit aber „abgeschmolzen“ werden, wie der Referentenentwurf vorsieht. Damit werden überregionale Angebote wie das Theater oder die städtische Sport- und Kulturstruktur künftig schwieriger zu unterhalten oder zu bezuschussen sein. Auch verlieren Stadträte Entscheidungsspielraum in der Stadtentwicklung, wenn sich im Kreistag die Interessen

von Stadt und ländlicher Region gegenüber stehen.

Wir werden im Anhörungsverfahren zur Kreisreform unsere Bedenken formulieren und mit unserem vogtländischen Modell der Verwaltungsvereinfachung dem Freistaat ein Konzept vorlegen, das die Zielvorgaben voll erfüllt und gleichzeitig der Stadt Plauen im 100. Jahr ihrer Kreisfreiheit diese weiterhin erhält.

www.gruene-vogtland.de

Dresden

Neuer Vorstand

Im Mittelpunkt des Stadtparteitages am 3.2. standen die Verabschiedung des Leitetrags „Mehr Grün(e)! Perspektiven grüner Kommunalpolitik in Dresden“ und die Wahl des neuen Stadtvorstandes. Angesichts der Rolle als drittstärkste Kraft bei der letzten Stadtratswahl und einer positiven Entwicklung der Mitgliederzahl bekennt sich der Kreisverband zur Aufgabe, sich auch in Themenbereichen zu profilieren, für die den GRÜNEN in der Regel weniger Kompetenz zugeschrieben wird. Ebenso wollen wir breitere Schichten ansprechen und für grüne Politik gewinnen, so auch ältere Menschen oder Jugendliche außerhalb des Universitätsmilieus. Bei aller thematischen Breite soll aber künftig der Klimaschutz den Mittelpunkt grüner Stadtpolitik darstellen. Wir fordern neben anderen Maßnahmen den Rückkauf von Stadtwerkeanteilen, die bislang von Atomkonzernen gehalten werden, und ein echtes kommunales Angebot für Grünen Strom.

Schließlich bekannte sich der Stadtparteitag erneut zu einer überparteilichen OB-Kandidatur, um die Landeshauptstadt nicht wieder in die Hände der sächsischen CDU bzw. der Staatskanzlei fallen zu lassen. Als SprecherInnen wurden Mona Scholz-Kluge und Achim Wesjohann wiedergewählt. Seit langem konnten wieder sämtliche BeisitzerInnenplätze besetzt werden.

www.gruene-dresden.de

TERMINE

März

17. März

Dresden, Landesgeschäftsstelle
LAG Europa

24. März

10.00 Uhr
Dresden, Landesgeschäftsstelle
LAG Bildung

31. März

11.00 Uhr
Dresden, Landesgeschäftsstelle
LAG Soziales

April

21. April

10.00 Uhr
Wiedersberg b. Plauen, Historischer Gasthof
LAG Ländlicher Raum

21. April

11.00 Uhr
Bautzen, Grüner Laden
LAG Mobilität und Verkehr

28. April

10.00 Uhr
Chemnitz, Umweltzentrum
LAG Christinnen und Christen

Mai

5. Mai

Leipzig
LAG Hochschule

5. Mai

Dresden
LAG Soziales

12. Mai

10.00 Uhr
Dresden, Landesgeschäftsstelle
LAG Bildung

Änderungen, Aktualisierungen,
genaue Adressen und weitere Termine
in der LGSt oder im Web:

0351 / 494 01 08

www.gruene-sachsen.de/termine.html

Weitere Termine bei:

Bildungswerk Weiterdenken
www.weiterdenken.de

Die Alternative Kommunalpolitik Sachsens
www.daksev.de

Landtagsfraktion
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Was tun gegen Rechts?



Im Jugendclub gibt es Schmierereien mit Zahlencodes, die keiner so recht entschlüsseln kann, Schüler, die „anders“ aussehen oder „anders“ denken werden angepöbelt, Ratskollegen im Kreis- oder Gemeinderat machen rassistische Bemerkungen. Grüne und andere Kommunalpolitiker fühlen sich aufgerufen, etwas zu tun, sind aber oft unsicher, was.

Die Alternative Kommunalpolitik Sachsens (DAKS e.V.) hat eine Broschüre mit Fakten, Hinweisen und Vorschlägen herausgegeben: „Tu was gegen Rechts. Was Kommunalos wissen sollten ...“

Die Broschüre kann für 3,00 Euro zuzüglich Porto unter www.daksev.de bestellt werden.

Mitdiskutieren, Mitentscheiden!

Schon im Vorfeld der Landesdelegiertenkonferenz in Chemnitz verzeichnete das neu eingerichtete Internetdiskussionforum des Landesverbandes eine rege Beteiligung. Nun steht es für Diskussionen grüner Politik im Allgemeinen ebenso zur Verfügung wie für vertiefende thematische Debatten.

Für die Registrierung ist eine E-Mailadresse erforderlich. Das Forum ist nur für Mitglieder zugänglich.

Registrierung und Diskussionen unter www.forum.gruene-sachsen.de



Neugier und Verantwortung – Forschung für die Gesellschaft von morgen

Grüner Forschungskongress

am 23./24. März 2007 in Berlin, Ludwig Erhard Haus, Fasanenstr. 85

Forschung beginnt mit Neugier, mit dem Wunsch, die Prozesse in der Natur, in der Gesellschaft oder auch in einem Menschen zu verstehen. Forschung ist spannend, aufregend und macht Spaß. So bringt Forschergeist neues Wissen hervor und trägt entscheidend dazu bei, wichtige Fragen und Herausforderungen der Zeit zu erkennen, zu beantworten sowie Lösungswege aufzuzeigen. Dabei bewegt sich Forschung auch in einem Feld zwischen Ethik, Recht und Politik.

Für uns Grüne sind Neugier und Verantwortung zentrale Elemente eines zeitgemäßen Forschungsbegriffs. Wie fördern wir den Forschergeist? Wie viel Freiheit und wie viel Verantwortlichkeit verlangt Forschung? Braucht

Forschung Grenzen und wer zieht sie? Welchen Problemen sind Forscherinnen und Forscher in ihrer Arbeit ausgesetzt? Welche Rahmenbedingungen sind notwendig für gute Forschung und die Förderung von Nachwuchskräften in Deutschland? Wo müssen wir ansetzen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben? Wie gestalten wir den notwendigen Austausch zwischen Politik und Wissenschaft?

Mit „Neugier und Verantwortung“ wollen wir den Bogen spannen vom Kinderlernlabor bis zum internationalen Forscherteam, von jungen Akademikerinnen und Akademikern zu wirtschaftlichen Innovationen, von Freiheit zu Verantwortung.

Verpflegungsbeitrag 10 Euro; Kinderbetreuung möglich

Anmeldung und weitere Informationen: forschungskongress@gruene-bundestag.de